



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
09.04.2014
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Konzept Veranstaltungen Volkspark  
Vorlage: 13/SVV/0631  
Fraktion SPD
  - 3.2 Ortspläne an Ortsteileingängen  
Vorlage: 13/SVV/0653  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 3.3 LAGA 2019 im ländlichen Raum von Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0139  
Fraktion SPD
  - 3.4 Nachnutzungskonzept der Biosphärenhalle  
Vorlage: 14/SVV/0177  
Fraktion CDU/ANW
  - 3.5 Einrichtung einer Beschwerdestelle für Flüchtlinge  
Vorlage: 14/SVV/0240  
Fraktion Die Andere
  - 3.6 Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0280  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  - 3.7 Bürgerbefragung zum 'Mercure'  
Vorlage: 14/SVV/0226  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.8 Verstetigungskonzept Soziale Stadt Am Schlaatz  
Vorlage: 14/SVV/0247  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  - 3.9 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP  
Vorlage: 14/SVV/0275  
Fraktion SPD

- 4            Mitteilungen der Verwaltung
  
- 4.1        Rückführung der Energie und Wasser Dienstleistungen Potsdam GmbH (EWD)  
            in die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)  
            Vorlage: 14/SVV/0204  
            Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  
- 4.2        Änderung der Fernwärmesatzung  
            Vorlage: 14/SVV/0158  
            Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
  
- 4.3        Schaffung von Proberäumen im Kulturzentrum Freiland  
            gemäß Beschluss: 13/SVV/0850
  
- 4.4        Vorschlag für ein Konzept der Evaluierung der Luftschiffhafen GmbH  
            DS 14/SVV/0097
  
- 4.5        Neubau für die Suppenküche  
            Vorlage: 14/SVV/0297  
            Oberbürgermeister, KIS
  
- 4.6        Bericht über das Programm zu 10 Jahren Eingemeindung im Jahr 2013  
            Vorlage: 14/SVV/0299  
            Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  
- 4.7        Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee  
            Vorlage: 14/SVV/0319  
            Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  
- 5            Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.04.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Der Oberbürgermeister informiert, dass Herr Prof. Giersberg, langjähriger Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, am gestrigen Tag im Alter von 76 Jahren verstorben sei. Herr Prof. Giersberg war Ehrenbürger der Landeshauptstadt Potsdam und mit ihm verliere die Stadt einen warmherzigen Menschen, der sich mit Leidenschaft und Verstand um die Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam sowie der Schlösser und Gärten in unserer Kulturlandschaft verdient gemacht hat. Er sei maßgeblich daran beteiligt gewesen, Potsdam als Weltkulturerbe zu etablieren; die Landeshauptstadt habe ihm sehr viel zu verdanken. Das Mitgefühl gelte seiner Familie – für Herrn Prof. Giersberg wird anschließend eine Schweigeminute eingelegt.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- Tagesordnungspunkt **3.1, DS 13/SVV/0631 Konzept Veranstaltungen Volkspark**, wird **zurückgestellt**, da hierzu das Votum des Ausschusses Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt.
- Tagesordnungspunkt **3.2; DS 13/SVV/0653 Ortspläne an Ortsteileingängen**, wird durch die Antragstellerin **zurückgezogen**.
- Tagesordnungspunkt **3.9, DS 14/SVV/0275 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP**, hierzu seien zunächst rechtliche Details zu klären.

Er schlägt weiterhin vor, den **Satzungsentwurf zur Übernachtungssteuer** als Tagesordnungspunkt **4.8** aufzunehmen und diesen zu erläutern, um eine sofortige Beschlussfassung in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.05.2014 zu ermöglichen.

Im Weiteren werde unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ über die **Umstände zur Absage des Weberfestes sowie die Fête de la musique** und auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE über den Stand der Gespräche mit der WBG 1903 über die Zuwegung zum Sportplatz Westkurve gemäß DS 14/SVV/0260, Beschluss der SVV vom 07.04.2014 informiert.

Die so geänderte **Tagesordnung** wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 107. Sitzung vom 09.04.2014 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Konzept Veranstaltungen Volkspark**

**Vorlage: 13/SVV/0631**

Fraktion SPD

**zurückgestellt**

**zu 3.2 Ortspläne an Ortsteileingängen**

**Vorlage: 13/SVV/0653**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Vorlage wurde von der Antragstellerin **zurückgezogen**.

**zu 3.3 LAGA 2019 im ländlichen Raum von Potsdam**

**Vorlage: 14/SVV/0139**

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die zustimmenden Voten des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und die Ortsbeiräte Grube und Neu Fahrland.

Die **Änderungen des Ortsbeirates Grube** mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der von ihm in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zugesagten Prüfung einer Landesgartenschau **Standorte** im ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam ~~zum Beispiel folgende Standorte~~ zu untersuchen.

**Die Punkte a) und b) werden gestrichen.**

...

**7. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Mitteilungsvorlage „Masterplan ländlicher Raum“ benannten Einzelkonzepte im Zuge der Erarbeitung der LAGA-Bewerbung zu berücksichtigen.**

**Die Ortsbeiräte werden in die Erarbeitung eines Konzeptes einbezogen.**

werden, so Herr Schubert, **von der Fraktion SPD übernommen**, da sie mit ihr so abgestimmt seien

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der Vorschlag, die LAGA 2019 in den ländlichen Raum von Potsdam zu holen, von Herrn Kleinert stamme. Er selbst sehe jedoch wenige Chancen dafür, dass die Landeshauptstadt als Veranstaltungsort den Zuschlag erhalte, weil es hier noch ganz andere Bewerber gebe. Unter der Voraussetzung, dass der Standort nun nicht mehr festgeschrieben sei und mit der Maßgabe, etwas für den Potsdamer Norden zu tun, werde er dem Antrag zustimmen.

Herr Schubert bittet, dass sich auch die Landtagsabgeordneten für dieses

Anliegen einsetzen und die Chancen nicht von vornherein „klein geredet“ werden. Herr Rietz ergänzt hierzu, dass sich der Ausschuss Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ebenfalls für eine Prüfung ausgesprochen habe und auch er meine, es sollte nur das veranlasst werden, was kostenneutral sei, um danach die Chancen zu prüfen.

Auf Nachfrage von Herrn Berndt führt der Oberbürgermeister aus, dass eine Bewerbung zunächst intern geprüft werde und keine weiteren „externen“ Kosten anfallen werden. Er plädiere dafür, dass Potsdam Interesse daran bekunden und „den Hut in den Ring“ werfe. Allerdings treffe das Land die Entscheidung und um ein eindeutiges Signal zu senden, wünsche er sich eine breite Zustimmung dazu.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, welche Gründe für eine Ablehnung in den Ortsbeiräten Marquardt, Satzkorn und Uetz/Paaren vorlagen, entgegnet Herr Schubert, dass hauptsächlich die Punkte 1. a) und b) dafür ausschlaggebend gewesen seien.

Herr Heinzel schlägt vor, mit dem Bericht im November auch **eine Kostenschätzung** vorzulegen und den Punkt 5 entsprechend zu ergänzen. Die antragsstellende Fraktion SPD übernimmt diese Ergänzung ebenfalls.

Der Oberbürgermeister stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der von ihm in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zugesagten Prüfung einer Landesgartenschau **Standorte** im ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam ~~zum Beispiel folgende Standorte~~ zu untersuchen:

- ~~a) Ortsteil Marquardt unter Einbeziehung des Gutsparks Marquardt~~
- ~~b) Ortsteil Fahrland, Gelände oder Umfeld der Kaserne Krampnitz (als Begleitung der Entwicklungsmaßnahme, vgl. BUGA 2001).~~

Ziel einer Landesgartenschau in Potsdam soll die Förderung und Entwicklung des gesamten nördlichen ländlichen Raums im Einklang mit den Entwicklungszielen der Landeshauptstadt sein.

2. Mit den konzeptionellen Prüfungen soll ein Verkehrskonzept für die Landesgartenschau entwickelt werden, welches auch den Bahnhof Marquardt als Verkehrsknoten berücksichtigt.
3. Zur Prüfung und konzeptionellen Erarbeitung empfiehlt die Stadtverordnetenversammlung dem Oberbürgermeister die Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung früherer Mitarbeiter, die mit der erfolgreichen BUGA 2001 betraut waren.
4. In die Erarbeitung sollen von Beginn an die Ortsbeiräte und die Vertreter der örtlichen Garten- und Landschafts-, Obst- und Bauernverbände einbezogen werden.
5. Der Oberbürgermeister berichtet der Stadtverordnetenversammlung im

November 2014 **einschließlich einer Kostenschätzung** und unterbreitet einen Entscheidungsvorschlag zum weiteren Vorgehen.

6. In die Prüfung einzubeziehen ist die Möglichkeit der externen Förderung der Erarbeitung der für die Teilnahme am Auswahlwettbewerb erforderlichen Unterlagen z.B. als Leader-Projekt unter Bildung einer Lokalen Aktionsgruppe (LAG) oder der Kooperation mit einer bestehenden LAG bzw. einer anderen Förderkulisse.
7. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Mitteilungsvorlage „Masterplan ländlicher Raum“ benannten Einzelkonzepte im Zuge der Erarbeitung der LAGA-Bewerbung zu berücksichtigen.**

**Die Ortsbeiräte werden in die Erarbeitung eines Konzeptes einbezogen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 3.4 Nachnutzungskonzept der Biosphärenhalle**

**Vorlage: 14/SVV/0177**

Fraktion CDU/ANW

Herr Weise trägt hierzu vor, dass das derzeit erarbeitete Konzept dem Hauptausschuss am 14. Mai zur Beratung vorgelegt werde und die Fragen des Antrags beinhalte.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklärt Herr Heinzel sein Einverständnis dazu, den Antrag bis dahin **zurückzustellen** und nach Vorlage des Konzeptes über den weiteren Umgang mit diesem zu entscheiden.

**zu 3.5 Einrichtung einer Beschwerdestelle für Flüchtlinge**

**Vorlage: 14/SVV/0240**

Fraktion Die Andere

Herr Jetschmanegg führt aus, dass das Anliegen, eine Beschwerdestelle für Flüchtlinge bei der Beauftragten für Migration und Integration anzusiedeln, Bestandteil des Integrationskonzeptes sei. Trotzdem spreche sich die Verwaltung dagegen aus, weil sich der Bereich mittlerweile anders aufgestellt habe und inzwischen mehr konzeptionelle Inhalte bearbeite. Auch bezüglich der in der Vergangenheit geführten Auseinandersetzung zur Unterbringung von Flüchtlingen gebe es heute eine andere Situation. Seit kurzem sei die Stelle für Ideen- und Beschwerdemanagement in der Verwaltung ausgeschrieben, die mit entsprechenden Qualitätsstandards ausgerüstet, die Aufgabe übernehmen könne, da sie ohnehin für die gesamte Landeshauptstadt tätig werde.

Frau Dr. Müller merkt dazu an, dass die Ansiedlung der Beschwerdestelle bei der Beauftragten für Migration und Integration nur in der Begründung dieses Antrags stehe, dieses Anliegen viele Vereine und Träger unterstütze und dieses Anliegen

im Ergebnis der Integrationskonferenz entstanden sei. Sie empfiehlt, dass sich damit die Steuerungsgruppe der Integrationskonferenz beschäftige und der Antrag erst nach Vorliegen einer Stellungnahme weiter beraten werde.

Frau Grasnack antwortet, dass dies in der Steuerungsgruppe diskutiert wurde und diese der Meinung sei, eine Beschwerdestelle nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Menschen mit anderen „Merkmale“ zu schaffen. Deshalb werde der Vorschlag unterbreitet, eine zentrale Beschwerdestelle zu schaffen, mit besonderer Aufmerksamkeit für Flüchtlinge. Erst an zweiter Stelle stehe die Idee, dafür das Büro für Chancengleichheit zu nutzen.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Antrag **zurückzustellen**, da kein Vertreter der antragstellenden Fraktion anwesend ist und diese aber die Chance haben soll, sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen. Der Antrag könne in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

### **zu 3.6 Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 14/SVV/0280**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und verweist auf die vom Ausschuss für Kultur empfohlenen Änderungen:

- unter Punkt 3, zweiter Anstrich der Handlungsgrundsätze das Wort „benannt“ in „ingerichtet“ zu ändern und
- im Rahmen der finanziellen Auswirkungen eine Steigerung von 1,8 % vorzusehen (nicht 1,2 %).

Frau Dr. Schröter begründet anschließend die vom Ausschuss für Kultur empfohlenen Änderungen, die anschließend zur Abstimmung gestellt werden:

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	3

Die so geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Grundsätze der Potsdamer Erinnerungskultur und
2. Handlungsvorschläge zur städtischen Erinnerungskultur (gemäß Anlage)

#### **einschließlich folgender Änderungen:**

- **unter Punkt 3, zweiter Anstrich der Handlungsgrundsätze das Wort „benannt“ in „ingerichtet“ zu ändern und**

- im Rahmen der finanziellen Auswirkungen eine Steigerung von 1,8 % vorzusehen (nicht 1,2 %).

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

zu 3.7 **Bürgerbefragung zum 'Mercure'**  
**Vorlage: 14/SVV/0226**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein und betont, dass die Entscheidung zum „mercure“ durch die Bürgerbefragung untersetzt werden solle. Das eigentliche Anliegen, diese noch vor dem Werkstattverfahren durchzuführen, gehe nun nicht auf, so dass der letzte Absatz des Beschlusstextes zu streichen sei.

Er schlägt vor, stattdessen aufzunehmen:

**Die Fragestellungen sind nach dem Werkstattverfahren im Hauptausschuss zu beraten.**

Herr Engels verweist darauf, dass das Werkstattverfahren ein Jahr dauern werde und bis dahin ausreichend Zeit sei, sich über die Bürgerbefragung zu beraten. Er stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Vorlage bis nach dem Werkstattverfahren zurückzustellen. Herr Heinzel schließt sich dem an, zumal das „mercure“ der Stadt gar nicht gehöre.

Herr Schüler betont, dass er Bürgerbefragungen eh für fraglich halte und dies im Wissen des Werkstattverfahrens noch um so mehr, da das „Ob“ und das „Wie“ schon vorweggenommen werde.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass es nur zwei Möglichkeiten gebe, mit dem Antrag zu verfahren. Entweder er werde zurückgestellt und nach Abschluss des Werkstattverfahrens neu diskutiert oder das Anliegen werde zum Gegenstand des Werkstattverfahrens.

Herr Dr. Scharfenberg weist nochmal ausdrücklich darauf hin, dass sich Bürgerbeteiligung in der Stadt qualifiziert habe – auch mit dem Konzept der Bürgerbeteiligung. Das sei die Bewährungsprobe und logische Folge, den Bürgern die Gelegenheit zu geben, ihre Meinung dazu zu sagen. Natürlich könne aus dem Antrag auch die vorgeschlagenen Fragestellungen herausgenommen werden – aber er meine, das solle **diese** Stadtverordnetenversammlung beschließen.

Der Oberbürgermeister stellt den **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Engels, die Vorlage bis zur Beendigung des Werkstattverfahrens **zurückzustellen**, zur Abstimmung:

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung: 10  
Ablehnung: 5  
Stimmenthaltung: 0

**zu 3.8 Verstetigungskonzept Soziale Stadt Am Schlaatz**  
**Vorlage: 14/SVV/0247**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann erläutert die Vorlage und verweist in diesem Zusammenhang auf den bestehenden Haushaltsvorbehalt.

Frau Dr. Müller führt aus, dass es für sie nicht nachvollziehbar sei, warum der Punkt 2 entgegen der Entscheidung im Stadteilrat in den Beschluss aufgenommen wurde. Sie fragt, was passiere, wenn dieser Punkt gestrichen werde, da im Moment keine Not bestehe und eine erneute Verständigung möglich sei.

Herr Goetzmann entgegnet, dass an sich nichts passiere, außer dass Erwartungen geweckt werden und bei Nichterfüllung die Frage entstehe, warum das nicht gleich gesagt wurde. Außerdem sehe er eine Ungleichbehandlung mit anderen „Dingen“.

Hierzu merkt Frau Dr. Müller weiter an, dass das gesamte Konzept unter Haushaltsvorbehalt stehe und das Quartiersmanagement nicht dauerhaft bleiben müsse. Zudem sei im Konzept nicht die Rede davon, dass es sich um eine städtische Finanzierung handeln müsse, sondern auch andere Förderungen von Unternehmen oder Wohnungsbaufirmen möglich seien.

Herr Dr. Scharfenberg stellt den Antrag, den Punkt 2 aus dem Beschlusstext zu streichen:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	11
Stimmenthaltung:	0

Der Oberbürgermeister stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Das Verstetigungskonzept Soziale Stadt Am Schlaatz, gemäß Anlage, soll die Basis der weiteren Stadteilarbeit und -entwicklung Am Schlaatz bilden.
2. Abweichend von der im Konzept dokumentierten Forderung wird die Finanzierung eines Quartiersmanagements durch die Landeshauptstadt nur für die Dauer einer entsprechenden Förderung aus dem Programm "Soziale Stadt" gesichert.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>14</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.9 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP**

**Vorlage: 14/SVV/0275**  
Fraktion SPD

**zurückgestellt**

**zu 4        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1     Rückführung der Energie und Wasser Dienstleistungen Potsdam GmbH (EWD) in die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)**  
**Vorlage: 14/SVV/0204**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau Hartmann trägt vor, dass das Gründungsziel der Energie und Wasser Dienstleistungen Potsdam GmbH nicht erreicht wurde und diese daher wieder in die Energie und Wasser Potsdam GmbH zurückgeführt werde. Durch den Aufsichtsrat wurde dies bereits bestätigt.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.2     Änderung der Fernwärmesatzung**  
**Vorlage: 14/SVV/0158**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Auf Bitte von Herrn Schüler erläutert Herr Schenke die Gründe für die Vorteile einer dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung.  
Herr Schüler sieht das Anliegen des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung als nicht erfüllt an, denn eine Aussetzung vom Anschlusszwang aus ökonomischer und ökologischer Sicht wird in der Mitteilung der Verwaltung ausgeschlossen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.3     Schaffung von Proberäumen im Kulturzentrum Freiland gemäß Beschluss: 13/SVV/0850**

Frau Dr. Magdowski informiert über die Beratung dieser Thematik in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und die mehrheitlich verabschiedete Empfehlung an den Oberbürgermeister mit folgendem Wortlaut:

*Der Kulturausschuss fordert den Oberbürgermeister auf, die Voraussetzungen zu schaffen, dass möglichst im Sommer 2014 die Bandproberäume eingerichtet werden. Empfohlen wird eine Finanzierung seitens der Verwaltung, der Stadtwerke Potsdam GmbH und Sponsoren.*

Laut der Information von Herrn Harder (CULTUS UG) in dieser Sitzung des Kulturausschusses werden nach wie vor 50.000,00 € für die Errichtung der Bandprobenräume benötigt.

Diskutiert worden sei eine Drittfinanzierung –Sponsoren, Stadtwerke und

Stadtverwaltung - so dass ca. 15.000 Euro durch die Stadt übernommen werden müssten. Hierzu werde vorgeschlagen, diese aus nicht verbrauchten Investitionsmitteln z.B. des Archiv e.V. zu nehmen. Dem stimme der Verein unter der Bedingung zu, dass diese Mittel aber in 2015 zur Verfügung stehen, was mit dem Haushaltsplan zu sichern sei. Auf Nachfrage von Herrn Engels bezüglich der Sponsoren informiert sie, dass für ein Sponsoring seitens der Stadtwerke bis dato das Mandat des Aufsichtsrates fehle. Herr Dr. Scharfenberg bestätigt, dass er einen weiteren Sponsor „an der Hand“ hätte und die Stadtwerke nicht sponsern, sondern unterstützen sollen. Den Vorschlag der Fraktion SPD, Gelder aus dem Verkauf eines Garagenstandortes dafür zu verwenden, halte er für sehr merkwürdig. Die Fraktion habe sich dafür nicht engagiert und „verbrate“ jetzt die Mittel.

Herr Schultheiß sieht hier eine Bevorzugung gegenüber anderen Kulturträgern und kulturellen Vorgaben, wie der Fête de la Musique – für die einen sei Geld da, für die anderen nicht. Herr Heinzl fordert einen Eigenanteil der Bands und Frau Bankwitz fragt nach, ob darin auch die Betriebskosten eingerechnet seien.

Frau Dr. Müller bittet, die Bedingung für die Zusage des Archivs e.V., nämlich die ca. 15.000 Euro im Haushalt 2015 zu sichern, zu manifestieren. Darauf entgegnet der Oberbürgermeister, dass das Konzept tragfähig sein muss und schlägt eine erneute Berichterstattung in der Hauptausschusssitzung am 14.05.2014 vor.

Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an, denn der Auftrag des Ausschusses für Kultur lautet, die *Bandproberäume im Sommer 2014* zur Verfügung zu stellen.

#### **zu 4.4      Vorschlag für ein Konzept der Evaluierung der Luftschiffhafen GmbH DS 14/SVV/0097**

Gemäß des Auftrags des Hauptausschusses vom 12.03.2014, einen Vorschlag für ein Konzept zur Evaluierung der Luftschiffhafen GmbH zu erarbeiten, führt Frau Dr. Magdowski aus, dass dieser Auftrag an ein externes Unternehmen, das noch nicht in Potsdam aktiv war und Erfahrungen im Sportbereich habe, freihändig vergeben werden solle. Entsprechende Unterlagen werden dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 14.05.2014 vorgelegt und präsentiert, einschließlich einer konkreten Terminierung und eines Pflichtenheftes.

Herr Dr. Scharfenberg bittet ausdrücklich, die Unterlagen mit der Einladung zur nächsten Hauptausschusssitzung zu verschicken, um ausreichend Vorbereitungszeit zu haben.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, den Tagesordnungspunkt „Vorstellung des Satzungsentwurfs zur Übernachtungssteuer“ vorzuziehen, da Herr Exner zu einem anderen Termin müsse, erhebt sich kein Widerspruch.

#### **zu 4.8      Vorstellung Satzungsentwurf zur Übernachtungssteuer**

Herr Exner informiert, dass der Stadtverordnetenversammlung zur nächsten Sitzung ein Vorschlag zur Beschlussfassung vorgelegt werde mit dem Ziel, diesen sofort zu beschließen. Dieser Entwurf weiche im Wesentlichen nicht von der ersten Fassung ab, ist jetzt aber Bestandteil der Refinanzierung des

Schulentwicklungsplanes.

Bei einer Übernachtungssteuer handele es sich um eine örtliche Aufwandssteuer, welche bisher im Land Brandenburg einmalig, jedoch bundesweit an vielen Stellen präsent sei. Der Satzungsentwurf sei vorab bereits mit der Steuergenehmigungsbehörde abgestimmt worden, eine abschließende Beurteilung des Oberverwaltungsgerichtes stehe jedoch aus.

Herr Schultheiß fragt nach dem Aufwand für die Hoteliers, die, so Herr Exner, den finanziellen Mehraufwand an die Gäste weitergeben und dies lediglich in der Steuererklärung angeben müssen.

Auf Nachfrage von Frau Bankwitz, warum in § 6 Abs. 2 jugendliche Gäste bis 27 Jahren befreit sind, wobei doch das Kindergeldgesetz erst auf 25 Jahre herabgesetzt wurde, antwortet Herr Exner, dass es sich hierbei lediglich um Jugendliche in Ausbildung handele.

Herr Berndt kündigt an, dass seine Fraktion dieser Satzung nicht zustimmen werde.

#### **zu 4.5      **Neubau für die Suppenküche****

**Vorlage: 14/SVV/0297**

Oberbürgermeister, KIS

Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umgegangen werde – nach seiner Rechnung könne die Suppenküche bis Oktober fertig sein.

Herr Richter informiert, dass der Oktobertermin nach dem derzeitigen Stand nicht realisierbar sei, im günstigsten Fall wäre eine Umsetzung zum Jahreswechsel 2014/2015 möglich; vorausgesetzt, die Kommunalaufsicht stimme zu - und da sei ein Beschluss zur Einführung einer Übernachtungssteuer ein hilfreiches Signal.

Auf die Nachfrage von Herrn Berndt, welche Kosten durch die Variante der Ansiedlung der Suppenküche im Ernst-von-Bergmann-Klinikum entstanden wären, antwortet Frau Müller-Preinesberger. Dies sei nicht geprüft worden, da diese Variante nur als Notfalllösung in Betracht gezogen wurde; oberste Priorität war immer, die Suppenküche auf dem Gelände der Stadtverwaltung zu erhalten.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

#### **zu 4.6      **Bericht über das Programm zu 10 Jahren Eingemeindung im Jahr 2013****

**Vorlage: 14/SVV/0299**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

#### **zu 4.7      **Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee****

**Vorlage: 14/SVV/0319**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Dr. Klosa führt aus, dass der Prüfauftrag durchgeführt wurde, jedoch eine

solche Stiftung derzeit nicht zielführend sei.

Der Vorschlag, eine Stiftung zu gründen, sei nur unterbreitet worden, so Herr Dr. Scharfenberg, um das Engagement zu bündeln und klar zu machen, dass die Stadt dies unterstütze. Bei Bedarf bestehe die Option einer Stiftungsgründung auch weiterhin.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

## **zu 5 Sonstiges**

### **Stand der Gespräche mit der WBG 1903 zur Zuwegung zum Sportplatz Westkurve gemäß DS 14/SVV/0260, Beschluss der SVV vom 07.04.2014**

Herr Richter führt aus, dass - wenn es eine Einigung gebe - die Planungen sofort fortgesetzt und mit allen Beteiligten besprochen werden könne. Im Sommer solle dann eine Baugenehmigung eingeholt und spätestens im nächsten Frühjahr mit den Bauarbeiten begonnen werden. Aufgrund der Fristen und den unbestimmten Witterungsbedingungen von November bis März sei ein früherer Baustart kaum möglich. Herr Dr. Scharfenberg hält ein beschleunigtes Baugenehmigungsverfahren in diesem Fall für angeraten und hilfreich.

### **Weberfest**

Frau Dr. Sommer informiert, dass die Stadt es sehr bedauere, dass das Weberfest in diesem Jahr nicht stattfindende. Trotzdem seien der Stadt keine Versäumnisse anzulasten – sie habe die Vorbereitungen intensiv begleitet und unterstützt. Immer wieder aufgeführte Kommunikationsprobleme zwischen der Stadt und den Vereinen habe es nicht gegeben, diese bestehen zwischen der mittlerweile beauftragten Firma und dem Verein.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt zum Weberfest stehe und alles tun werde, um diese Tradition aufrecht zu erhalten und auch weiterhin zu unterstützen.

### **Fête de la musique**

Frau Dr. Magdowski trägt vor, dass es sich bei der Fête de la musique um eine ehrenamtlich organisierte Veranstaltung handelt, welche ein geringes Budget habe. Die finanzielle Unterstützung der Stadt werde auch in den kommenden Jahren geringer ausfallen.

Es ist jedoch angedacht, die Fête de la musique in Kooperation mit der Fête de la cuisine stattfinden zu lassen. In der kommenden Woche werden hierzu Gespräche geführt, ein Ergebnis werde kurzfristig mitgeteilt.